



# Münchner WECKER



von Beschäftigten für Beschäftigte des Münchner Finanzamts

13. Ausgabe 2013

## Neues zur Altersdiskriminierung

Die bis zum Jahr 2011 geltende Regelung der Dienstaltersstufen stellte eine Diskriminierung dar.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben daraufhin beantragt, dass sie in die letzte Dienstaltersstufe eingereiht werden.

Entscheidung vorgelegt. Von dort werden wir auch eine verbindliche Entscheidung für Bayern erhalten. Daher lässt das Bayerische Finanzministerium diese Anträge ruhen.

### Aufpassen statt abwarten:

Wurde der Antrag allein für die Jahre 2009 und 2010 gestellt, so ist dieser ggf. für die Jahre ab 2011 zu erweitern.



Ver.di-Beamtenaktion mit Sepp Raith

Es soll erreicht werden, dass das Grundgehalt für die Betroffenen aus der Endstufe gezahlt wird.

Inzwischen hat das Verwaltungsgericht Berlin (VG) die gesamte Rechtsfrage dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur



Flyerverteilung zum Volksbegehren gegen die Studiengebühren

# Optimierte Stellenbewirtschaftung im A8- und A9-Bereich

Beim Finanzamt München (FAM) waren Anfang des Jahres zig A9-Stellen vorhanden, die hier nicht besetzt werden konnten.

Daher hat im Januar das Landesamt für Steuern (LfSt) dem Gesamtpersonalrat beim Finanzamt München (GPR FAM) und Vertretern des Bezirkspersonalrats München (BPR) ein Konzept zur verbesserten Bewirtschaftung der vorhandenen A8- und A9-Stellen vorgestellt.

Planstellenüberschüsse für A9-Beförderungen sollten außerhalb Münchens verwendet bzw. verliehen werden.

In München sollen im Gegenzug verbesserte Möglichkeiten zu Beförderungen nach A8 eingeräumt werden.

Dabei muss aus Sicht der Münchner Personalvertretung wie auch aus Sicht der ver.di-Betriebsgruppe FAM sichergestellt werden, dass für Beschäftigte des FAM (Standort München) ausreichend Beförderungsmöglichkeiten verbleiben, damit alle -!- Beförderungskandidat/innen in 2013 und 2014 im A8- und A9-Bereich berücksichtigt werden können.

Die Rückübertragung von ca. 100 Stellen zum 1.1.2015 wurde vom LfSt zugesichert.

## Wem die Sonne lacht.....

Auch bei der herbstlichen Führung durch die Parkburgen Nymphenburgs hatte die ver.di-Betriebsgruppe Finanzamt München wieder einen guten Draht nach „oben“!

Wie gewohnt wettertechnisch strahlender Sonnenschein und auch die Besichtigung ließ bei uns keine Fragen und Wünsche offen.



Ver.di-Betriebsgruppe FAM: Aktion Parkburgen

Eigentlich kennt man ja nur das Schloss Nymphenburg als eine der Attraktionen Münchens.

Nicht weniger interessant sind die vier Parkburgen im Nymphenburger Schlosspark.



Ver.di-Betriebsgruppe FAM: Aktion Parkburgen

Besichtigt haben wir die Magdalenenklause, die Pagodenburg, die Badenburg und zu guter Letzt die Amalienburg.

Die kompetente, erfreulicherweise Bairisch sprechende Führerin begleitete uns über zweieinhalb Stunden.

Eine detaillierte Erklärung zu jeder Burg und nicht zuletzt der ausgedehnte Spaziergang im sonnendurchfluteten Schlosspark gestaltete das Ganze zu einem erlebnisreichen Nachmittag. Und so mancher konnte an diesem bunten Herbsttag ein schönes Foto in seine Kamera zaubern.....



Ver.di-Betriebsgruppe FAM: Aktion Parkburgen

## Ver.di zum Doppelhaushalt 2013/2014 (zum Personalteil des Einzelplans 0605 = Finanzämter)



Ver.di-Beamtenaktion

### Allgemeine Ausgangslage:

Die Beanstandungen seitens des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wegen der katastrophalen Personalausstattung der Finanzverwaltung, wie auch die Ergebnisse der bundesweit abgestimmten Personalbedarfsberechnung (PersBB), werden von der Verwaltungsspitze weiterhin ignoriert!

Die aktuell erhöhten Einstellungszahlen gleichen die massiven **Versäumnisse der Vergangenheit** nicht aus!

Die bayernweite Unterbesetzung liegt zurzeit bei **5.300 Vollzeitkräften (27%)!**

**Massive Steuerausfälle** werden vom Finanzministerium offensichtlich bewusst in Kauf genommen.

Eine überdurchschnittliche Anzahl besonders hochwertiger Fälle (siehe allgemeines

Steueraufkommen, DAX-Unternehmen) müssen in Bayern mit der **bundesweit schlechtesten Personalausstattung** erledigt werden.

Die Arbeitsüberlastung führt zu einer höheren Krankheitsquote in der Finanzverwaltung (ca. **30%** über dem bayerischen Durchschnitt) und damit zu einer noch höheren Belastung für die „noch Gesunden“!

### Situation in den Innendiensten:

- Permanente Steuerrechtsänderungen und daraus resultierende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem EuGH überfordern die Beschäftigten und führen zu einem erheblichen Fortbildungs- und Informationsbedarf.
- Verschlechterung der Ist-Besetzung der Finanzämter innerhalb weniger Jahre um **1.000 Vollarbeitskräfte**, dabei **Vervierfachung** der Unterbesetzung in der Veranlagung (trotz 6,9% höherer Fallzahlen)
- Zusatzbelastungen durch Auswertung von Rentenbezugsmitteilungen und Übernahme bisher kommunaler Aufgaben wie der elektronischen Lohnsteuerkarte ohne Personalzuführung.

**Negative Auswirkungen auf Änderungsquoten, Abweichungsbeträge und Durchlaufzeiten sind die Folge.**

## Situation in den Außendiensten:

### Unterbesetzung

- in der BNV 43%,
- in der USt-Prüfung 43%,
- in der Steuerfahndung 37%,
- in der Betriebsprüfung 44%,
- ähnlich im Bereich der LSt-Außenprüfung



Ver.di-Beamtenaktion

Keine Rückführung dieser Unterbesetzung seitens der Bayerischen Staatsregierung trotz eines durchschnittlichen **Mehrergebnisses pro Prüfer in der**

- BNV von **380.000 €**,
- USt-Prüfung von **2 Mio. €**,
- Steuerfahndung von **1,1 Mio. €**,
- Betriebsprüfung von **1,6 Mio. €**,
- LSt-Außenprüfung von **550.000 €!**

Die Spitzenwerte beim persönlichen Mehrergebnis je Prüfer ergeben sich allein aus der Konzentration auf die „**höherwertigsten**“ **Betriebe** und aus der Steigerung der individuellen Mehrergebnisse aufgrund der zurückgegangenen „Abschreckungswirkung“ der Außendienste.

## **Unsere Forderungen an den Bayerischen Landtag:**

- Heranführen der Personalausstattung der Finanzämter im ersten Schritt an das Zuteilungssoll  
= ein **Mehrbedarf** von 2.000 Stellen (AV + 1375, Bp + 585, StF +40 Stellen)
- Abbau des Beförderungsstaus durch Stellenmehrungen- bzw. -hebungen:

AV:	A 9:	400
	A 9+AZ:	600
	A 11:	300
	A 12:	400
Bp:	A 12:	200
	A 13:	200
StF:	A 12:	50
	A 13:	50
- SGL, Kassenleiter und herausragende Sachbearbeiter/Innen in der AV: einh. Stellenausstattung in A 13
- Größt- und Konzernprüfer/Innen: neues Spitzenamt A13+Z
- Erhebliche Ausweitung der Aufstiegsmöglichkeiten von 2. in die 3. bzw. von der 3. in die 4. QE
- Für den Tarifbereich: Eingruppierung der Fahndungshelfer/Innen wie der DUNAN-Kräfte in die Entgeltgruppe 6
- Erhöhung der Ballungsraumzulage, speziell in den Eingangssämtern
- Sofortige Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung
- Verstärkte Werbemaßnahmen zur Einstellung von Bewerber/Innen aus dem Ballungsraum
- Sofortige Aufhebung der leistungsfeindlichen Wiederbesetzungssperre
- Ausbau der Personalausstattung an den **Ausbildungsstätten** (Erhöhung und Anhebung der Dozentenstellen)
- Deutliche Stellenhebungen im **Landesamt für Finanzen**



Verdi-Kundgebung vor dem Bay. Finanzministerium

# Unsinniges im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags

## Verwerten-belagern-bewerten-verlagern

Am 12. Dezember wurde die Neubaumaßnahme in Höchstädt beraten.

Auch diesmal nahmen wir aufgrund unserer Petitionen und Stellungnahmen an den Sitzungen teil.

Mitgenommen haben wir, dass eine Verlagerung der Bewertungsstelle in vielfacher Hinsicht Unsinn ist.

Die Opposition hat wiederholt und engagiert unser Anliegen, dass die Bewertungsstelle in München verbleiben soll, unterstützt.

Zunächst beantragte die SPD die Vertagung, so dass ein Gesamtkonzept vorgelegt werden könnte. Die Abgeordnete Naaß legte dar, dass Abbruchkosten für das Krankenhaus dazukommen würde und inzwischen Kosten in Höhe von insgesamt 17,9 Mio. € entstünden. Der Anteil, der auf die Unterbringung der Bewertung entfällt, sei zu hoch. Sie wies unmissverständlich darauf hin, dass die Mittel noch nicht im Haushalt stünden.



Von Bündnis 90/Die Grünen hakte der Abgeordnete Hallitzky nach und erinnerte an das Gezerre in Zusammenhang mit dem Neubau des Finanzamts München.

Die Kosten für Höchstädt würden mindestens doppelt so teuer wie geplant (aufgegliedert: 9,4 Mio. € Bewertung, 5,7 Mio. € Seminarräume/Lehrkräfte).

Von der Bewertungsstelle aus München möchten nur drei Beschäftigte nach Höchstädt.

Dort wohne der Ausschussvorsitzende und Abgeordnete Winter, das habe ein „G'schmäckle“ und das wüssten alle!



Winter Georg Mdl.,  
Herzogin-Anna-Str. 50, 89420 Höchstädt a.d. Donau

Die Abgeordnete Stamm, Bündnis 90/Die Grünen ergänzte, dass Kosten für eine Kantine noch nicht berücksichtigt worden seien. Dafür kämen nochmal Kosten im zweistelligen Millionenbereich dazu.

Für den Post austausch mit dem Finanzamt München müssen Akten hin- und hergeföhren werden, das sei alles absurd. Zudem müssten noch Bildungs- und Seminarräume berücksichtigt werden.

Vom Finanzministerium berichtete Herr Bähr, dass im Raumbedarf für das Finanzamt München die Bewertungsstelle nicht mehr berücksichtigt sei.

Damit würden jährlich 200.000 € Mietkosten gespart. (Anm.d.Verf.: Eine Rentabilität würde dann nach ca. 47 Jahren einsetzen!).

Auch seien genügend Versetzungsgesuche vorhanden und im gegenüber liegenden Schloss Höchstädt könne für die Verpflegung gesorgt werden.

Angesichts der pauschalen und weitestgehend unbelegten Aussagen protestierte Frau Stamm heftig und wies u.a. auch

noch darauf hin, dass die Verpflegungskosten für die Lehrkräfte aus Dillingen nicht einkalkuliert worden seien.

Der Antrag der Opposition wurde dann von den Regierungsparteien abgelehnt, wobei dies der FDP-Abgeordneten Barfuß entlarvender Weise mit den Worten quittiert, „jeder hat sein Höchstädt“.

Anschließend stimmten CSU, FDP und FW für den Neubau in Höchstädt.

Hierauf forderte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Halbleib, SPD, den Rücktritt des Abgeordneten Winter, auch bekannt aus der Sendung „quer“ im Januar 2012, darin wurde er als „König von Höchstädt“ vorgestellt.

**Wir fragen weiterhin:**

**Was soll daran wirtschaftlich, geschweige denn vernünftig sein, 17,9 Mio. € für 42 Arbeitsplätze an einem**

**neuen Standort zu investieren, künftige Einnahmeverluste hinzunehmen und absehbare Personalprobleme aufzubauen?**

Nachdem Herr Winter am 12.12.12 nicht zurückgetreten ist, haben wir ja immerhin die Möglichkeit, bei der Landtagswahl den Posten neu zu vergeben!



**Ver.di-Beamtenaktion**

## Mehr Geld, Hände weg vom Urlaub!

Die Erwerbstätigen erarbeiten in diesem Land fast alle zu verteilenden Werte. Ihnen wird die Steuer direkt vom Lohn abgezogen und sie erhalten trotz hoher Beiträge eine relativ geringe Altersversorgung.

Trotzdem werden sie in der veröffentlichten Meinung häufig diffamiert. Das steigert sich, wenn die lohnabhängig Beschäftigten es über ihre Gewerkschaften wagen, höhere Löhne zu fordern.



**Ver.di-Beamtenaktion zur Tarifrunde**

Dann malen Arbeitgeberverbände, wie Dienstherrn und ihre Helfer in Wirtschaftsinstituten und in den Medien den Untergang des Wirtschaftssystems an die Wand. Wie auch in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder.

Da wird die "Staatsschuldenkrise" beschworen, die eigentlich eine Bankenkrise war, und die gleichen Politiker, die eine schlagkräftige Steuerverwaltung verhindern, jammern über die Belastung der öffentlichen Haushalte.

Dabei sind die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung in Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt mit die geringsten in der Welt, geringer als in Großbritannien und den USA. Ein gut funktionierender öffentlicher Dienst kann eine gewisse Verteilungsgerechtigkeit fördern und für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen. Dafür muss angemessen bezahlt werden.

Seit einiger Zeit ist erkennbar, dass der öffentliche Dienst überaltert und geeigneter Nachwuchs nur schwer zu bekommen ist.



Ver.di-Beamtenaktion zur Tarifrunde

Die öffentlichen Arbeitgeber haben nun auch die Urlaubstage zum Gegenstand der Tarifaueinandersetzung gemacht.

Sie wollten neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen nur noch 26 Tage im Jahr zubilligen. Dabei ignorierten sie frech den Anstieg der Krankenquote, der beweist, dass die Arbeitsbelastung krankmachend hoch ist und niemand auch nur auf einen Tag Urlaub verzichten kann!

Die 30 Urlaubstage sind seinerzeit hart erkämpft worden. Und sie wurden jetzt konsequent verteidigt.

Das geht nur über starke Gewerkschaften, dafür braucht es Mitglieder und Unterstützung bei Aktionen. Hier ist jede und jeder aufgerufen, mitzumachen bzw. einzutreten.

ver.di hat gefordert

- 6,5 Prozent mehr Geld mit einer sozialen Komponente
- keine Verschlechterung des Urlaubsanspruchs
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte

Das Bayerische Finanzministerium hat die Übernahme des Ergebnisses auf die Beamtenschaft inzwischen signalisiert. Beim diesjährigen Tarifabschluss mussten vor allem Lehrkräfte aus Berlin und anderen Bundesländern Einschnitte hinnehmen.



Pressekonferenz mit dem Finanzminister

Einkommenserhöhungen sind keine Geschenke des Himmels. Also eintreten und mitmachen und gemeinsam unseren Dienstherrn entgegentreten. Den Luxus, sich die Gewerkschaft zu sparen, kann sich heute keine/r mehr leisten!

## Artikel „Macht und Missbrauch“

**Leseempfehlung:**

**„Macht und Missbrauch: Franz Josef Strauß und seine Nachfolger – Aufzeichnungen eines Ministerialbeamten“ von Wilhelm Schlötterer**

„Amtlich“ gedeckte Steuerhinterziehung, Begünstigung wohlhabender Steuerpflichtiger durch übergeordnete Dienststellen, sowie höchste Repräsentanten des Staa-

tes; massiver Machtmissbrauch und Selbstbereicherung seitens der politischen Akteure: das könnte, nein, das muss eine brandaktuelle Reportage über Griechen-

